

Großrazzia gegen Salafisten in NRW und Hessen



Nachdem am

Dienstagabend ein Attentat von vier Salafisten auf den PRO-NRW-Chef Markus Beisicht (kleines Foto) glücklicher Weise verhindert werden konnte, haben die deutschen Sicherheitsbehörden am frühen Mittwochmorgen auf Veranlassung von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) erneut zum Schlag gegen die salafistische Szene in NRW und Hessen ausgeholt. Die Polizei führte am Mittwoch Razzien in Salafisten-Vereinen (bundesweit werden 30 islamistische Gruppierungen vom Verfassungsschutz beobachtet) in Nordrhein-Westfalen und Hessen durch.

(Von Verena B., Bonn)

In einer konzertierten Aktion verbot Friedrich die Vereinigungen „DAWA FFM“ und „Islamische Audios“ sowie eine Teilorganisation der bereits 2012 im Anschluss an die salafistischen Ausschreitungen im Zusammenhang mit der PRO-NRW-Kundgebung in Solingen verbotenen Gruppierung „Millatu Ibrahim“. Betroffen von den Durchsuchungen waren seinerzeit 20 Personen. Beamte beschlagnahmten Vereinsvermögen und stellten Unterlagen sicher.

Bereits im Juni 2012 waren Polizei und Justiz bundesweit mit

Großrazzien in sieben Bundesländern gegen radikal-islamische Salafisten vorgegangen. Beamte hatten damals an 80 Orten in sieben Bundesländern Wohnungen, Vereinsräume und eine Moschee durchsucht. Auch bei der früheren Aktion lag der Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Friedrich hatte damals die Vereinigung „Millatu Ibrahim“ verboten und ein vereinsrechtliches Verfahren gegen „DAWA FFM“ eingeleitet. Die Unterlagen und Erkenntnisse, die im vergangenen Juni beschlagnahmt und gewonnen wurden, nutzten die Ermittler nun für ihre Folgeaktion.

Der Innenminister hat es unter dem Druck der Ereignisse (radikal-muslimische Ausschreitungen in Solingen und Bonn, aggressive Koranverteilungsaktionen) mittlerweile schweren Herzens zur Kenntnis nehmen müssen, auch wenn es von den Blockparteien und der muslimischen Community nicht gerne gehört wird: „Der Salafismus (die „Wahre Religion“ AdV), so wie er von den heute verbotenen Vereinen vertreten wird, ist unvereinbar mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung“, sagte Friedrich. Die drei Vereinigungen strebten in aggressiv-kämpferischer Weise eine Veränderung der Gesellschaft an, bei der die Demokratie durch ein salafistisches System und der Rechtsstaat durch die Scharia ersetzt werden sollte. Die Verbote dienten auch dem Schutz der übergroßen Zahl friedlicher Muslime. „Sie dürfen nicht unter Konflikten leiden, die von Extremisten planvoll geschürt werden.“

Der hessische Innenminister Boris Rhein begrüßt die Verbote der in Frankfurt ansässigen salafistischen Vereine „DAWA FFM“ und „Islamische Audios“. „Die Vereinsverbote unterstreichen das konsequente Handeln des Bundes und der Länder gegen verfassungsfeindliche Salafisten. Insbesondere Hessen hat wertvolle Informationen geliefert, die zum Verbot dieser Vereinigungen führten.“

In Deutschland gibt es nach Angaben der Sicherheitsbehörden inzwischen rund 4.500 Salafisten (2011 waren es noch 3.800)

mit stark wachsender Tendenz, die eine islamische Ordnung mit islamischer Rechtsprechung (Scharia) als einzig legitime Staats- und Gesellschaftsform ansehen. Diese Zahl (4.500) dürfte jedoch nicht ganz den Realitäten entsprechen.

Allein die DITIB verfügt über 150.000, der Islamrat über 50.000, der Zentralrat der Muslime in Deutschland über 12.000 (inklusive Salafisten), der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ) über 30.000 Mitglieder (gezählt werden natürlich nur männliche Familienvorstände). Rechnet man diese Zahlen zusammen, ergibt sich eine Zahl von 242.000 Scharia-Verfechtern, Familienmitglieder und Sympathisanten nicht eingerechnet – ein Sammelbecken für den gewaltbereiten Islam von nicht zu unterschätzender Gefahr!

Hinzu kommen noch die Grauen Wölfe, die bei Veranstaltungen wie zum Beispiel im Mai 2009 in Essen mal locker 7.000 Glaubensbrüder begeistern (wie viele kommen dieses Jahr im Mai?) oder Scharia-Vogel Pierre, der Allahs Botschaften im Mai 2012 in Frankfurt vor 2000 und in Ratingen vor 800 ihm zujubelnden Anhängern verkündete.